



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT IN IRAN  
 AMBASSADE DE SUISSE EN IRAN  
 EMBASSY OF SWITZERLAND IN IRAN

TEHERAN, den 12. November 1978  
 Avenue Institut Pasteur 18  
 P. O. Box 45  
 Telefon 64 73 19 / 64 40 63

Ref.: 380.0 - KS/ca *lm g'*

VERTRAULICH

an					c/a
Datum					<i>Q</i>
Von					
EPO					
Ref. p. A. 21.31					

Politischer Bericht Nr. 27

Die Opposition gegen den Schah

Quellen: Zeitungsberichte  
 Gespräche mit Kollegen

I.

Widerstände gegen die Pahlavi-Herrschaft haben mit je aus der Zeit gestellten Zielsetzungen das Kaiserhaus bereits in frühern Jahren erschüttert. Summarisch zusammengefasst, ging es einem konservativ-religiös-politisch motivierten Widerstand darum, den eigenen Machtbereich gegen "modernistische Reformprogramme" zu verteidigen, oder aber auch um Bestrebungen Intellektueller, sich einen Freiraum des Denkens und Handelns zu erkämpfen.

Nach Auseinandersetzungen in den 30er Jahren unter Shah Reza war der Widerstand der Geistlichkeit und ihrer konservativen Weggenossen, der Grossgrundbesitzer, besonders virulent gegen das zu Beginn der 60er Jahre eingeleitete Reformprogramm der "Weissen Revolution", deren wesentlichster Inhalt die Bodenreform war. Gegen diesen Eingriff in die eigentliche politische Machtbasis wie auch gegen die machthemmenden säkularisierenden Auswirkungen des Programms wurde heftig opponiert. Bodenreform und administrative Durchdringung des Landes brachen definitiv jeglichen überregionalen Einfluss der einst mächtigen, eigenwilligen Stammesfürsten. Der Aufrechterhaltung konservativen Status quo's galt der Widerstand des Basars gegen die Neuorganisierung des wirtschaftlichen Lebens ausserhalb seines Machtbereichs.

Nachhaltige und ständige Opposition ging in jüngerer Zeit von den Intellektuellen und Studenten im In- und Ausland aus gegen geistig diktiertem Wohlverhalten in einem System, in dem abweichende Meinungen grundsätzlicher Art nicht zugelassen waren.



- 2 -

Erneut hat es heute der Schah mit Widerständen zu tun, die vorab von seinem gefährlichsten und schwierigsten Opponenten dominiert werden.

## II.

Die Ankündigung des Schahs im Frühsommer, im Rahmen des Liberalisierungsprozesses freie Wahlen im kommenden Jahr durchzuführen und ein die Verfassung von 1906 und Zusatz von 1907 respektierendes Mehrparteiensystem zuzulassen, führte einerseits zu raschen Auflösungserscheinungen bei der bisherigen nationalen Einheitspartei "Rastakhiz", wie auch andererseits zu einem ungezügelten Emporschiessen von Alt- und Neuparteien und Gruppierungen. Mit allgemeinen Parolen wie Abschaffung des verfassungswidrigen Kriegsrechts, Freilassung politischer Gefangener, entschiedenes Vorgehen gegen die Korruption sowie ungeschmälernte Anwendung der Verfassung und freie Wahlen markierten sie ihre Distanz zur Regierung. Die unkontrollierten Anfänge des Vielparteiensystems - gegenwärtig rund 90 Gruppierungen - sind das verständliche Resultat eines kurzfristigen Ventilöffnens, das ohne vorbereitenden Politisierungsprozess Möglichkeiten freisetzte, die jahrelang unterdrückt wurden.

Zwei Arten politischer Gruppierungen, die sich ausdrücklich auf die Konstitution verpflichteten, bestimmten das Erscheinungsbild. Zunächst Parteien oder Gruppen, die von Persönlichkeiten gegründet oder geführt wurden, die in den letzten 25 Jahren Staatsverantwortung trugen (z.B. Iran Novin und Mardum, die das Parteienleben der 60er und frühen 70er Jahre bestimmten, sowie die "Gruppe für das Studium iranischer Probleme im Lichte der Revolution von Schah und Volk", ehemals 3. Flügel der Rastakhiz Partei). Profiliert hatte sich in dieser ersten Phase besonders der Ex-Reformpremier von 1961/62 Ali Amini und seine Gruppe. Amini stellte sich erneut als Premier zur Ueberbrückung der tiefen Vertrauenskrise zwischen Regime und Volk zur



Verfügung und empfahl entgegen hörbaren Wünschen nach einer völligen Systemveränderung die Entwicklung eines Vielparteien-systems als Grundstein freier Wahlen im Rahmen der konstitutionellen Monarchie.

Aus der 2. Gruppe, die Parteien und Gruppen umfasst, die in der genannten Zeit keine Verantwortung im Staat trugen, ist besonders die National Front zu nennen- ehemalige Partei Mossadeghs -, die lange Zeit ohne eigentliche Profilierung blieb.

Zu erwähnen gilt es schliesslich auch jene heimlich oder vom Ausland aus operierenden subversiven Gruppen wie etwa die kommunistische Tudeh und verschiedene studentische Auslandsorganisationen, die seit eh den Umsturz des Regimes planen.

Diese breitgefächerte, buntscheckige laizistische Opposition - und darin liegt ihr eigentliches Versagen - vermochte nie weder materiell, den meisten Gruppierungen fehlte es an wirklichen Sachprogrammen, noch personell, wirkliche Führungspersönlichkeiten waren rar, auf den politischen Gang der Dinge wirklich Einfluss zu nehmen. Keine der Parteien fand breite Unterstützung bei den Massen; sie blieben vielmehr auf ihren Anhängerkreis eingeengt.

Zugelassen zu einer Zeit, da die allgemeine Widerstandsbewegung gegen das Regime ausgesprochen bürgerrechtliche Züge zeigte, wie sie sich allerorts in der Forderung nach vollständiger Anwendung der Verfassung von 1906/07 ausdrückte, gelang es wegen des geringen Durchsetzungsvermögens nicht, diese Werte als Zielsetzung für eine Alternative zum Bestehenden auf breiter Basis im Volk aufzubauen. Gleichfalls erreichte man es nicht, aus der Verzettelung herauszukommen und nach vorge-nommener Interessen- und Absichtsklärung zu politisch aussichtsreichen Allianzen zu kommen.



Das Fehlen effektiver politischer Organisation sowohl bei der Opposition als auch auf Regierungsseite bereitete dem Radikalismus den Weg. Für viele Gruppierungen war es dann das Einzige, was blieb, und man griff opportunistisch zu : wenn der durch Proteste und Ausschreitungen Macht und Zulauf erhaltende Mob schon nicht zu dirigieren war, so liess man sich mindestens von ihm mittragen und mitreissen.

### III.

Besondere Bedeutung kommt der von der konservativen, nationalistischen und antiwestlich orientierten Shia Geistlichkeit geführten religiösen Widerstandsbewegung zu. Die wachsende repressive Situation der letzten 15 Jahre sowie die dramatische jüngste Entwicklungsexplosion mit ihrer Aushöhlung ethischer und moralischer Werte führte weite Volkskreise, insbesondere auch Jugendliche, zurück in die "Moschee", die für sie zum geistigen Freiraum und Hort der traditionellen Werte wurde. Seit alters her hat sich die Geistlichkeit immer auch als Sprachrohr dessen begriffen, was das Volk denkt; dies besonders ausgeprägt dann, wenn andere Ausdrucksmittel nicht existierten oder nicht genügten. Mit ihrer klaren Kampfansage an übertriebene Modernisierung und Verwestlichung und ihrem Aufruf zur Besinnung auf die traditionellen iranischen und deshalb auch islamischen Werten, kurz mit der Parole "Rückkehr zum islamischen Fundamentalismus", traf sie genau die Stimmungslage weiter von der jüngsten Entwicklung im Staat überrollter und auch an ihr irre gewordener Bevölkerungskreise.

Ein sich schon bald abzeichnender Unterschied der Beurteilung zwischen dem insgesamt massgeblichen Ayatollah in Iran, dem in der heiligen Stadt Ghom wirkenden Shariat Madari, und dem



exilierten eigentlichen Führer der iranischen Shia, Ayatollah Khomeini, erklärt sich nicht bloss durch den Extremismus des Letzteren, der dem Regime von Schah Mohammed Reza Pahlavi in Todfeindschaft gegenübersteht. Darin wird vielmehr ein grundlegender Unterschied deutlich, wie er schon einmal in Irans Geschichte von grosser Bedeutung war. Zur Gruppe der Befürworter der Einführung der Konstitution von 1906/07 zählten auch manche Geistliche, die bewusst der damit einhergehenden Säkularisierung der Gesellschaft und Machtzunahme des Staates zustimmten. Ihnen widersetzten sich auf geistlicher Ebene die sog. Theokraten, die darin einen Sieg der westlichen Ideen sahen und die Verfassung deshalb strikte ablehnten. Diese Debatte lebte in einer ersten Phase der heutigen Auseinandersetzungen wieder auf, als Shariat Madari zusammen mit der Mehrzahl der Parteigruppierungen die Forderung nach getreuer und vollumfänglicher Anwendung der Konstitution forderte, weil sie den politischen und religiösen Ansprüchen der Shia durchaus Genüge leiste. Khomeini dagegen forderte unentwegt die islamische Herrschaft und folgte damit gerade dem Hauptargument, das die Theokraten seinerzeit gegen die Verfassung vorbrachten: sie trenne Zusammengehöriges, nämlich religiöses und säkulares Leben unter geistlicher Herrschaft.

Unter dem Eindruck der Radikalisierung der Forderungen, wie sie im Gefolge der landesweiten Aufstände, Streiks und Konfrontationen mit den Militärs sichtbar wurden und immer mehr den grundsätzlichen Systemwechsel verlangten, hat Shariat Madari diesem Druck der Strasse nachgegeben und seine Haltung versteift und verhärtet. Dies sowohl, um nicht überrollt zu werden, wie auch vom grundsätzlichen Verständnis her, Sprecher der wahren Volksanliegen zu sein.

Vereint distanzierten sich nun beide massgeblichen Führer vom gegenwärtigen Regime und Shariat Madari schloss jeden Kompromiss mit der herrschenden Regierung Sharif-Emami aus. Madari ging



gar so weit, von Ghom aus zum Heiligen Krieg aufzurufen, sollten alle andern Möglichkeiten verbaut sein, die eigenen Anliegen durchzusetzen.

#### IV.

Die dramatische Zuspitzung hin zu den jüngsten gewalttätigen Ereignissen, die insbesondere in Teheran sowohl durch eine Eigendynamik entwickelnde anarchistische Bewegung als auch durch das planmässige dirigierte Zerstören von Objekten charakterisiert war, die islamischen Fundamentalisten längst ein Stein des Anstosses waren - Banken, verantwortlich gemacht für den Bankrott des Landes; Kinos, Brutstätten der Unmoral; Alkoholausschänke, im Gegensatz zu Koranvorschriften stehend; Grosshotels sowie Angriff auf die britische Botschaft als Ausdruck aufkommender Symptome von Fremdenhass und Kampfansage an alle Formen von Neokolonialismus - erwies, dass in der sich radikalierenden Situation die laizistische Opposition wegen ihres organisatorischen wie personellen Ungenügens als bestimmende Kraft auf seiten der Opposition ohne Bedeutung ist. Ihr Unvermögen wurde offensichtlich in den letzten Oktobertagen im vergeblichen Versuch, mässigend auf die Antiregime-Agitation einzuwirken. Ebenfalls zum Scheitern verurteilt war der Versuch der National Front, eine Zweckallianz mit der religiösen Opposition zu erreichen, um einen Wechsel herbeizuführen. Die Pilgerfahrten ihrer Führer zu Khomeini deckten letztlich Unvereinbarkeit im Grundsätzlichen auf. Wenn in allerletzter Minute angeblich von einem Uebereinkommen zu hören ist, kann dies nur, angesichts der Uneinigkeit und Schwäche der Front, in einem völligen Einschwenken auf Parolen und Zielsetzungen jenes Mannes liegen, der heute das Sagen hat und zum eigentlichen Katalysator der Opposition geworden ist. Unter seiner Aegide hat die religiöse Hierarchie im Iran ihre Haltung ständig verschärft und ist auf seinen extremistischen Kurs mehr oder weniger offen eingeschwenkt.

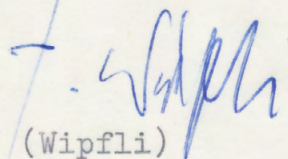


- 7 -

Der Ruf nach Khomeini, wie er heute weitverbreitet zu hören ist, ist das Symbol für die Rückkehr zu islamischem Fundamentalismus; er ist aber darüber hinaus einer sehr heterogenen Oppositionsfront, die teils subversiv unterwandert wurde, Chiffre für die völlige Negation des Bestehenden und Vergangenen. Es ist Khomeinis Werk, dass die Situation sich immer unausweichlicher polarisiert : hier Armee, bis auf weiteres Garant des Systems, dort breit abgestützte heterogene Ablehnungsfront, die den Sturz des Regimes herbeizwingen will.

Schon werden hierzulande in gewissen Kreisen Planspiele über eine islamische Republik Iran durchgeführt. Die Realisierung solchen Vorhabens müsste zwangsläufig zur Abkehr von jenem Allianzsystem führen, dem sich das Land nun seit Jahrzehnten verpflichtet fühlt. Seine Stellung im Machtgleichgewicht der Grossmächte würde erheblich geschwächt. Ein militärisch und allianzmässig geschwächter Iran wäre ohne Zweifel sowjetischer Einflussnahme leichter zugänglich und bedeutete nicht nur für das Ueberleben der feudalistischen Golfstaaten, sondern für diese gesamte vitale Region eine ernste Gefahr.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAEFTSTRAEGER a.i.

  
(Wipfli)